

ALLGEMEINES

Forderungskatalog zum bürgerschaftlichen Engagement. Die im Bündnis für Gemeinnützigkeit zusammengeschlossenen Dachverbände und Organisationen des Nonprofit-Sektors, in dessen Beirat das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) vertreten ist, haben mit Stand vom 9. August dieses Jahres ein Forderungspapier zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in der unmittelbar bevorstehenden neuen Legislaturperiode veröffentlicht. Wichtig sei es, die Engagementpolitik koordiniert weiterzuentwickeln, einen spezifischen Vollausschuss und eine Enquete-Kommission zu etablieren, einen demokratieorientierten Rechtsrahmen herzustellen und engagementfördernde Infrastrukturen zu unterstützen. Darüber hinaus müssten die digitalen Kompetenzen gestärkt, die Freiwilligendienste weiterentwickelt und die Autonomie der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt gestärkt werden. Ein Link zum kompletten Forderungspapier ist im Internet zu finden unter <https://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/wp-content/uploads/2021/08/bfg-pressemitteilung-210818-1.pdf>. Quelle: Mitteilung des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen vom 18.8.2021

Handreichung zur Rechtssicherheit im Sport. Da Vereine und Verbände im Feld Sport sich zunehmend mit Fragen in Bezug auf ihre Gemeinnützigkeit konfrontiert sehen, hat die Deutsche Sportjugend (dsj) im DOSB e.V. in Frankfurt am Main eine Handreichung mit dem Titel „RECHTSSicherheit im Sport. Politisch neutral?! Umgang mit Positionierungen, Vermietungen, Einladungen“ publiziert. Thematisiert werden vor allem das Neutralitätsgebot in der Satzung, der Verfassung und im Gemeinnützigenrecht wie beispielsweise in Bezug auf das Hissen von Flaggen und auf die Unterstützung von Demonstrationen. Darüber hinaus geht es um Bestimmungen zum Recht auf eine Vorenthalterung von Räumlichkeiten, um den Einfluss auf den Zugang zu öffentlichen oder vereinsinternen Veranstaltungen und um die Grenzen bei der Ausübung des Hausrechts. Die Broschüre findet sich im Internet unter https://www.dsj.de/fileadmin/user_upload/Mediencenter/Publikationen/Downloads/dsj-Handreichung_RECHTSSicherheit_im_Sport_01.pdf. Quelle: www.dsj.de

SOZIALES

Working Poor: Mit Job, aber ohne eigene Wohnung. Auf Grundlage einer Erhebung bei Klient:innen in den Wohnungsnotfallhilfen präsentierte die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) am 26. August dieses Jahres einen „Statistikbericht zu Lebenslagen wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen in Deutschland – Lebenslagenbericht“ für das Berichtsjahr 2019. Differenziert wurde hierbei nach Parametern wie Alter, Geschlecht, Bildung,

Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit. Den Schwerpunkt des Berichts bildet die Situation der im Dokumentationsystem zur Wohnungslosigkeit der BAG W registrierten Working Poor, die sich trotz einer Berufstätigkeit in Wohnungsnotfallsituationen befinden und deren Anteil an allen Wohnungslosen sich von 6,0 % (2009) auf 11,7 % (2019) nahezu verdoppelt habe. Auffallend sei auch der vergleichsweise hohe Anteil junger Menschen, die seit drei Jahren und länger wohnungslos sind. Zur Altersgruppe der 21- bis 29-Jährigen gehörten 23,0 % aller seit mindestens drei Jahren wohnungslosen Klient:innen und zu derjenigen der 18- bis 20-Jährigen insgesamt 11,3 %. Der 32-seitige Bericht der BAG W befindet sich unter https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/DOK/BAGW_Statistikbericht_2019.pdf im Internet. Quelle: Pressemitteilung der BAG W vom 26.8.2021

Discussion Paper zu Teilhabe. Um Kommunen und Kreise bei der Bewältigung demografisch und sozioökonomisch bedingter Herausforderungen zu unterstützen, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung im August dieses Jahres ein 30-seitiges Discussion Paper mit dem Titel „ALLE SOLLEN TEILHABEN. Wie Kreise und kreisfreie Städte mit Integrationskonzepten ungleichwertige Lebensverhältnisse abbauen wollen“ vorgelegt, um die Trennung zwischen neuen Einwohner:innen mit Migrationsbiografie und den Alteingesessenen zu überwinden. Dargestellt wird, wie sich die Teilhabechancen in Stadt und Land sowie die Integrationsarbeit in Landkreisen, Gemeinden und Kommunen gestalten. Bei den vorhandenen Integrationskonzepten gehe es meist um die gleichberechtigte Partizipation in Bereichen wie Arbeit, Bildung, Sprache, Wohnen und Gesundheit. Beispielsweise handele es sich um Schulungen zur interkulturellen Kompetenz für Verwaltungsmitarbeiter:innen und um die Sprachförderung. Initiativen mit Vorschlägen im Sinne einer politischen Teilhabe und einer lokalen Antidiskriminierungsarbeit hingegen seien mit zwischen 31 und 39 % der teilhabeorientierten Konzepte seltener. Das Discussion Paper ist zu finden unter https://www.berlin-institut.org/fileadmin/Redaktion/Publikationen/162_Teilhabe_Mercator/BI_DP_210818.pdf. Quelle: Mitteilung des Berlin-Instituts vom 19.8.2021

GESUNDHEIT

Studie zur Situation von zu Hause gepflegten Menschen im Lockdown.

Im Auftrag des Sozialverbandes VdK realisierte die Hochschule Osnabrück eine Pflegestudie zur häuslichen Pflege pflegebedürftiger älterer Menschen. Befragt wurden pflegebedürftige Menschen sowie Menschen mit und ohne Pflegeerfahrung. Wie sich herausstellte, empfanden 78 % der befragten Pflegebedürftigen und 84 % der pflegenden Angehörigen die Zeit der Pandemie als belastend und dies vor allem in psychischer Hinsicht. Fast ein Drittel der

hilfebedürftigen Menschen habe sich häuslich isoliert. Obwohl 80% der Pflegebedürftigen zu Hause gepflegt würden, hätten die aufgelegten Rettungsschirme die pflegenden Angehörigen außen vor gelassen. Als Konsequenz kündigte der VdK juristische Schritte zur Einklagung der angekündigten, aber dann nicht gewährten Erhöhung des Pflegegeldes an. Genaueres im Internet unter <https://www.vdk.de/deutschland/downloadglobal/mime/312/Vdk-Pflegestudie+Zwischenbericht.pdf>. Quelle: Mitteilung des VdK vom 23.8.2021

Broschüre zur Unterstützung bei Demenz. Mit der neuen Broschüre „Angebote zur Unterstützung im Alltag. Informationen zu Aufbau und Durchführung“ möchte die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Vereine, Träger:innen und Initiativen unterstützen, die Angebote für demenzbetroffene Familien entwickeln. Enthalten sind Informationen zu den Voraussetzungen, Qualitätskriterien und Finanzierungsmöglichkeiten für den Aufbau entsprechender Initiativen, wobei auch die Gewinnung, Auswahl und Basisqualifizierung ehrenamtlicher Helfer:innen angesprochen wird. Darüber hinaus finden sich hier Hinweise zur Organisation und Finanzierung sowie Anmerkungen zu einigen Methoden der Öffentlichkeitsarbeit. Zielgruppe der Handreichung sind Alzheimer-Gesellschaften sowie Initiativen und Träger, die einen Aufbau von Betreuungsgruppen oder Einzelbetreuungsangeboten planen. Die Broschüre gibt es zum Download unter https://www.deutsche-alzheimer.de/fileadmin/Alz/pdf/Broschueren/Angebote_zur_Unterstuetzung_im_Alltag_2021.pdf. Quelle: Mitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. vom 2.9.2021

JUGEND UND FAMILIE

Synopse zum neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Nachdem am 9. Juni 2021 im Bundesgesetzblatt (2021, Teil I, Nr. 29, 1444) das am 3. Juni 2021 erlassene neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) verkündet wurde, konzipierte das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DJJuF) in Heidelberg eine 76-seitige Synopse zu den gesetzlichen Änderungen, vorwiegend mit Stand vom 10. Juni 2021. Kontrastiert werden jeweils die bisherigen Fassungen und die Neufassungen der Sozialgesetzbücher (SGB) V, VIII, IX und X, des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) und des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG). Im Einzelnen geht es beispielsweise um die Aufgaben der Jugendhilfe (§ 2 SGB VIII), um umweltbedingte Barrieren (§ 7 Abs. 2 SGB VIII), um die Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit drohendem oder bereits eingetretemem psychischem Handicap (§ 10b SGB VIII), Inkrafttreten voraussichtlich am 1.1.2024), um die Berücksichtigung von Geschwisterbeziehungen im Hilfeplan (§ 36 Abs. 2 SGB VIII) und um die Übermittlung von Informationen durch Geheimnisträger:innen bei einer Kindeswohlgefährdung (§ 4 KKG). Die Synopse gibt es

20.1.2022 Luzern (Schweiz). Fachtagung Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF) – Autismus in der Familie erkennen, verstehen, begleiten. Information: Fachverband Sozialpädagogische Familienbegleitung und Hochschule Luzern – Soziale Arbeit, Inseliquali 12B, 6005 Luzern (Schweiz), Tel.: +41 41/367 48 48, E-Mail: sozialearbeit@hslu.ch

21.-22.1.2022 Berlin. Towards Reflexivity in Migration Studies. Knowledge Production in Times of Contested Politics and Post-Colonial Dynamics. Information: European Sociological Association RN35 Midterm Conference c/o Technische Universität Berlin, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin, E-Mail: RN35conference@h-da.de

27.-28.1.2022 online. (Anti-)Klassismus in der Sozialen Arbeit – wie kann klassismuskritische Soziale Arbeit aussehen? Information: IU Internationale Hochschule, Berg-am-Laim-Straße 47, 81673 München, E-Mail: susanne.becker@iu.org

10.-11.2.2022 Olten (Schweiz). Arbeit und Emotionen. 7. Internationale Konferenz „Arbeit und Gesundheit“. Information: Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Hochschule für Soziale Arbeit, Riggensbachstrasse 16, 4600 Olten (Schweiz), Tel.: +41 62/95 72 05 7, E-Mail: thomas.geisen@fhnw.ch

16.-18.2.2022 Salzburg (Österreich). Sozial! Innovativ! Nachhaltig! 8. Fachkongress der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialmanagement/Sozialwirtschaft (INAS). Information: INAS c/o FH Salzburg, Urstein Süd 1, 5412 Puch, Salzburg (Österreich), E-Mail.: markus.lehner@fh-linz.at

17.2.2022 Hamburg. Wie gelingt partizipative politische Bildung für Jugendliche und junge Erwachsene im Fußball? Information: u. a. Lernort Stadion e.V., Cantianstr. 25, 10437 Berlin, E-Mail: markus.zwecker@lernort-station.de

18.-19.2.2022 Berlin. Schreibwerkstatt für Promovierende der Sozialen Arbeit. Information: Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI), Bernadottestraße 94, 14195 Berlin, Tel.: 030/83 90 01 37, E-Mail: pigorsch@dzi.de

23.-25.2.2022 online. Raum. Macht. Inklusion. Inklusive Räume erforschen und entwickeln. 35. Jahrestagung der Inklusionsforscher*innen. Information: Universität Innsbruck, Innrain 52, 6020 Innsbruck (Österreich), E-Mail: ifo2022@uibk.ac.at

10.-11.3.2022 Eichstätt. 15. Eichstätter Fachtagung Sozialinformatik. Information: u. a Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Arbeitsstelle für Sozialinformatik c/o Priesterseminar Diözese Eichstätt, Leonrodplatz 3, 85072 Eichstätt, Tel.: (030) 42084-512, E-Mail: anmeldung@finsoz.de

unter [https://www.dijuf.de/files/downloads/2021/DIJuF-Synopse%20KJSG%20\(Stand%2010.6.2021\).pdf](https://www.dijuf.de/files/downloads/2021/DIJuF-Synopse%20KJSG%20(Stand%2010.6.2021).pdf). Quelle: Mitteilung des DIJuF vom 18.8.2021

Bundesjugendkuratorium zum Schutz vor Gewalt.

Das Bundesjugendkuratorium (BJK) fordert in seiner aktuellen Stellungnahme „Das Recht junger Menschen auf Schutz vor Gewalt: Auftrag und Verantwortung aller Institutionen in Kindheit und Jugend“ eine gesetzliche Regulierung, die alle Institutionen von Kindheit und Jugend dazu verpflichten soll, Gewaltschutzkonzepte vorzuweisen. Das Recht auf Schutz vor körperlicher, psychischer und sexualisierter Gewalt verlangt zum einen Konzepte für den präventiven, intervenierenden oder aufarbeitenden Umgang mit von Gewalt betroffenen jungen Menschen. Zum anderen gilt es, diese Konzepte in der Praxis, ausgehend von den Förder- und Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen, aktiv zu gestalten. Kinder und Jugendliche zu schützen heißt, die Diversität junger Menschen und ihrer Schutzbedarfe anzuerkennen sowie diskriminierungs- und barrierefreie Hilfsangebote und Unterstützungsleistungen für junge Betroffene zur Verfügung zu stellen. Zudem braucht es umfassende Weiterbildungsangebote für Fachkräfte und eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für die Thematik. Nähere Informationen unter https://www.bundesjugendkuratorium.de/assets/pdf/press/bjk_2021_gewaltschutzkonzepte.pdf. Quelle: Mitteilung der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik des Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI) vom 26.8.2021

Reader zum Thema Geschlechteridentitäten in der Migrationsgesellschaft. Mit einem besonderen Fokus auf die Situation junger LSBTIQ* of Color, also junger Menschen, die Minoritäten in Bezug auf ihre Genderidentität und zugleich auf mögliche rassistische Stereotypisierungen angehören, veröffentlichte das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V. (IDA) einen 120-seitigen Reader mit dem Titel „Sexualitäten und Geschlechtsidentitäten in der Migrationsgesellschaft“. Dieser zeigt unter Berücksichtigung intersektionaler Perspektiven auf, wie die Jugend(verbands)arbeit den Prozess der genderbezogenen Persönlichkeitsentwicklung der genannten Zielgruppe begleiten kann. Unter anderem geht es um den kolonialen Ursprung des binären Gendersystems und um die Reflexion des Kapitalismus in der kritischen politischen Bildungsarbeit. Ein Glossar mit wichtigen Fachtermini erleichtert die Lektüre. Wer sich für den Reader interessiert, findet diesen unter https://www.idaev.de/fileadmin/user_upload/pdf/publikationen/Reader/2021_Reader_SuGiM_Screenversion.pdf zum kostenlosen Download. Quelle: IDA-Infomail 04.2021

AUSBILDUNG UND BERUF

Neue Website zur Geschichte der Sozialen Arbeit.

Im Rahmen eines Projektes hat die im Jahr 2006 gegründete Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) eine neue Internetseite konzipiert. Diese enthält einen Zeitstrahl mit Hinweisen zu den wichtigsten Etappen in der Professionsgeschichte der Sozialen Arbeit im Zeitraum 1914 bis 2011 und Interviews mit der Gründungsdirektorin der FHNW und der Direktorin der Hochschule. Diese Gespräche vermitteln Einblicke in persönliche Ziele und Visionen sowie Herausforderungen und Highlights im Zusammenhang mit dem Hochschulleben. Weitere Beiträge beleuchten die Meilensteine in der Geschichte der FHNW. Vorgesehen ist, zusätzliche historische Informationen in Form individueller Erfahrungsberichte in Verbindung mit den Entwicklungslinien der Hochschule in die Plattform mit aufzunehmen. Wer etwas hierzu beitragen möchte, kann sich an Dr. Noëmi Sibold unter noemi.sibold@fhnw.ch wenden. Die Internetseite findet sich unter <https://www.fhnw.ch/plattformen/soziale-arbeit-geschichte>. Quelle: www.fhnw.ch

Nachwuchspreis für herausragende Masterarbeiten. Das Netzwerk Zukunftsforschung prämiert zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses im Bereich der zukunftsorientierten Forschung einmal im Jahr herausragende Masterarbeiten. Das Netzwerk fördert die Wissenschaft und Forschung, den fachlichen Austausch und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Zukunftsforschung im deutschsprachigen Raum. Berücksichtigt werden Masterarbeiten aller Fachrichtungen insbesondere der Zukunftsforschung, sofern sie sich mit einer explizit auf die Zukunft bezogenen Frage- oder Problemstellung befassen und diese wissenschaftlich bearbeiten. Die Arbeiten müssen bereits begutachtet und mit einer Gesamtnote von 1,7 oder besser bewertet worden sein. Die Begutachtung darf nicht länger als 2 Jahre her sein. Arbeiten können laufend eingereicht werden. Einschlusschluss für den nächsten Wettbewerb ist der 16.5.2022. Mehr Informationen zu den Bewerbungsmodalitäten gibt es unter <https://netzwerk-zukunftsforschung.de/nachwuchspreis/>. Quelle: <https://netzwerk-zukunftsforschung.de/nachwuchspreis/>